

Wunderdroge Wachstum?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

"Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und am wichtigsten Vertrauen bei den Menschen."

(Aus der Regierungserklärung, 10. November 2009)

Das Institut der deutschen Wirtschaft erwartet für 2011 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 3,5 %. (IW, Pressemitteilung vom 23. Mai 2011)

Was haben wir davon?

Regierungserklärung und Prognose sind eindeutig. Was kommt aber wirklich bei den Menschen an? Unsere Erfahrung: Wir profitieren nicht vom Wachstum. Die Regierungen halten ihre Versprechen nicht. Drei Beispiele, stellvertretend für eine Politik über Jahrzehnte.

Arbeitsmarkt:

■ Das Versprechen:

"Mehr Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung, genügend Ausbildungsstellen"

■ Die Realität:

- Arbeit sichert immer weniger den Lebensunterhalt. Im Jahr 2010 konnten in Nürnberg 4% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht von ihrer Erwerbstätigkeit leben. Ihre Zahl nimmt kontinuierlich zu: von 8.240 Personen im Jahr 2007 auf 9.880 Personen im Jahr 2010. Statt wie versprochen zu steigen, sank die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen in Nürnberg von Ende 2008 bis 2010 um 3.200.
- Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Mini-Jobs nehmen zu. Besonders stark stiegen die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse. Allein in den letzten sieben Jahren verdoppelte sich die Leiharbeit in Nürnberg auf über 12.000. Ähnlich war die Tendenz bei Mini-Jobs mit einer Zunahme um über 11.000 auf 57.600. Knapp die Hälfte davon waren Nebenjobs zur Aufbesserung der Entlohnung aus der Hauptberufstätigkeit. Gleichzeitig gab es über 3.000 Teilzeitstellen mehr (insges. 52.050).
- Parallel dazu nahm in Nürnberg die Arbeitslosigkeit weiter zu von 20.780 Arbeitslosen 2008 auf 22.420 im Jahr 2010. Damit lag die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) bei 9,8 %. Ein Drittel aller Arbeitslosen waren Langzeitarbeitslose. Genau so hoch ist der Anteil der Jugendlichen: 2010 waren 7.400 Arbeitslose unter 25 Jahren.
- Es gibt viel zu wenig Ausbildungsplätze. Von den ca. 8.200 Jugendlichen, die sich 2009/2010 in Nürnberg bewarben, hatten zu Beginn des Ausbildungsjahres 3.800,

Wunderdroge Wachstum?

also deutlich weniger als die Hälfte, einen normalen Ausbildungsplatz in einem Betrieb gefunden. Lange nicht alle haben einen Platz im gewünschten Beruf, sondern müssen irgendeinen, oft schlecht bezahlten und wenig zukunftsträchtigen Beruf akzeptieren.

- Und wie jeder weiß: der Arbeitsdruck steigt - oft auch bei sinkendem Realeinkommen.
"Das Lohnniveau der Geringqualifizierten befindet sich derzeit wieder auf dem bereits Mitte der 80er erreichten Niveau. Bis etwa zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung stiegen die Reallöhne auch für die Geringqualifizierten noch deutlich an. Seitdem sinken sie. An der Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands in den vergangenen 25 Jahren nahmen die Geringqualifizierten nicht teil." (Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 1.8.2011)

Soziale Sicherung

■ Das Versprechen:

"Hilfe für die Schwachen"

■ Die Realität:

- Es gibt keine soziale Grundsicherung in ausreichender Höhe. In Nürnberg lebten im Juni 2010 37.156 Menschen von Harz IV - bei einem Regelsatz von 364 € und Kosten der Unterkunft von maximal 424 € (max. Wohnungsgröße 50 m², Mehrkosten müssen aus dem Regelsatz bestritten werden) - jeweils für Alleinstehende.
- Die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems wird zerschlagen. Alg-2-Empfänger zahlen die gleichen Praxisgebühren und die gleichen Zuzahlungen für Medikamente wie besser Verdienende. Am Leistungskatalog der Krankenkassenversicherungen wird laufend gekürzt.
- Alter bedeutet für viele Armut. Bei geringem Einkommen kann nichts für das Alter zurückgelegt werden. Die Folge ist, dass die Renten zu niedrig sind. Im Jahr 2009 mussten in Nürnberg 4.795 Rentner_innen mit der Grundsicherung (entspricht dem Regelsatz, s.o.) auskommen, wegen Erwerbsminderung 1.920 Personen. Das sind 6.715 Nürnberger_innen, die von der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung lebten. Ende 2010 waren es

schon 6.961 Menschen, Tendenz steigend! (Quellen: Nürnberg in Zahlen 2011, Bayr. Landesamt für Statistik, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011)

Hintergrund:

Wachstum

Wirtschaftswachstum wird allgemein verstanden als die Zunahme des Bruttosozialprodukts, also der Summe aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen einer Volkswirtschaft pro Jahr. Diese Sichtweise wird seit Jahren kritisiert: Weder die Verteilung von Vermögen und Einkommen in der Bevölkerung wird erfasst, noch die Qualität der Umwelt, und daraus folgend die gesundheitlichen Belastungen. Trotzdem ist diese Größe die Grundlage aller Berechnungen und Vergleiche der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Wachstum also ist,

- wenn die Gewinne steigen, auch wenn gleichzeitig die Reallöhne sinken.
- wenn teure Immobilien gebaut werden, die niemand benötigt.
- wenn immer wieder neue Produkte produziert werden, weil die alten nicht so lange halten, wie es aus technischer Sicht möglich wäre.
- wenn investiert werden muss, um Umweltschäden zu beheben.
- wenn in Billiglohnländern die "moderne Versklavung" gefördert wird und bei uns Arbeitsplätze mit sozialen Mindeststandards abgebaut werden.

Weltweit setzt das Kapital seine Renditeerwartungen durch. Nur ein Kapital, das wächst, ist „richtig“ eingesetzt. Die neoliberale Globalisierung ermöglicht ihm neue Wachstumschancen.



Öffentliche Leistungen

■ Das Versprechen:

"Die Menschen können dem Staat vertrauen.."

■ Die Realität:

- Die Fahrpreise in den öffentlichen Verkehrsmitteln steigen und steigen. In Nürnberg ist bis 2015 eine Preiserhöhung um 30 Prozent beschlossen. (Stadtratssitzung vom 8.6.2011)
- In den sozialen Wohnungsbau wird kaum noch investiert. In Nürnberg waren im Jahr 2010 von den rund 270.000 Wohnungen nur ca. 19.000 belegungsgebunden (Quelle: Wohnungsbericht). 1980 waren es noch über 65.000. Im Jahr 2010 konnten von rund 14.000 Antragsstellern nur rund 10 Prozent eine Wohnung vermittelt werden.
- Der Bildungsbericht der Stadt Nürnberg zeigt: Die soziale Herkunft ist die entscheidende Variable für den Schulerfolg. Arme Schüler_innen und die, die in bestimmten Schulsprengeln wohnen, haben weniger Chancen, auf eine weiterführende Schule zu kommen. Eine Voraussetzung für Chancengleichheit wäre eine wesentlich verbesserte Förderung von Kindertagesstätten und Schulen gerade in diesen Wohngebieten.

Hintergrund:

Instrumente der neoliberalen Globalisierung

Liberalisierung ist die Öffnung aller Märkte für den grenzüberschreitenden Handel mit Waren, Dienstleistungen und Kapital durch Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen (auch Kontingentierungen, Mindestpreise). Alle Investitionen in Produktionsstätten, Unternehmensaufkäufe und alle (Finanz-) Spekulationen können ungehindert durchgeführt werden. Volkswirtschaften, z. B. der Länder des Südens, sind den internationalen Konzernen schutzlos ausgeliefert. Die lokale Wirtschaft kann sich nicht entwickeln. Nach einer aktuellen Studie der Welthungerhilfe führen Finanzinvestitionen in Rohstoffe zu steigenden Nahrungsmittelpreisen. Ein Beispiel aus der EU: Die Vergabe von Dienstleistungen muss ab einer Summe von ca. 200.000 € EU-weit ausgeschrieben werden. Für die Entwicklung einer Kommune ist aber die Vergabe an lokale Unternehmen oft sinnvoller.

Privatisierung: Öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen werden zunehmend von privaten Anbietern erbracht. Die Begründung ist, dass private Unternehmen, die unter Wettbewerbsdruck stehen, effektiver arbeiten als der Staat. Tatsächlich aber wird oft das Angebot schlechter und teurer. Beispiel: In vielen Städten (z. B. Berlin) wurde die Wasserversorgung privatisiert. Die Preise stiegen.

Deregulierung: Gesetze, die Mindeststandards sichern sollen, Schutzvorschriften, die Arbeiter_innen erkämpft haben, Bestimmungen zum Gesundheits- und Naturschutz werden zu Investitionshemmnissen erklärt und abgeschafft. Ziel dieser Politik ist, dass der Staat sich aus dem Wirtschaftsgeschehen weitgehend heraushält. In der BRD werden von einer EU-weiten Ausschreibung des Betriebs von Buslinien erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten befürchtet (Entlohnung, Arbeitszeit: Fahrt- und Ruhezeiten, usw.). Die so genannte Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes aus dem Jahr 2004 ermöglichte erst die Ausdehnung der Leiharbeit.

Die Durchsetzung neoliberaler Politik wird unterstützt durch ungleich angewendetes Recht. Beispiel: Das Patentrecht erschwert die kostengünstige Produktion von Arzneimitteln. So haben Staaten in Afrika oder Asien nur sehr eingeschränkt das Recht, bekannte Medikamente gegen AIDS (Generika) billiger zu produzieren. Die "normalen" Preise kann die Bevölkerung nicht bezahlen. Auf der anderen Seite beuten Konzerne mithilfe des Patentrechts das traditionelle Wissen der indigenen Bevölkerung aus. Bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen hat Privatrecht (Geheimhaltung der Verträge) Vorrang vor Öffentlichem Recht (Transparenz und öffentliche Abstimmung).

Auch die Sprache der Regierenden, der Wirtschaft mit ihren Verbänden, der Vertreter der Institutionen der Globalisierung, wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und World Trade Organization (WTO) dient eher einer Verschleierung der Wirkung der beschlossenen Maßnahmen, Programme, Bestimmungen. Beispiele: Die Politik ist immer "notwendig, richtig und ohne Alternative". Sie ist "wachstumsfördernd", "risikolos" und "konjunkturstützend".

Ergebnisse der neoliberalen Politik:

- Wirtschaftswachstum ist nicht, wie von Bundeskanzlerin Angela Merkel behauptet, die Basis für den Ausbau des Sozialen. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts ist nicht gleichbedeutend mit einem Zuwachs an Lebensqualität für alle.
- Immer mehr Menschen können nicht das verdienen, was sie für ihren Lebensunterhalt benötigen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.
- Die sozialen Sicherungssysteme werden demontiert. Weitere Verschlechterungen sind geplant.
- Die Kommunen erhalten für ihre ständig wachsenden Aufgaben zu wenig Mittel. Um für möglichst viel Geld in den Gemeindekassen zu sorgen, wird um Investoren geworben (je mehr Unternehmen desto mehr Steuereinnahmen). Da dies alle Kommunen versuchen, sind sie gezwungen, gegenseitig in Konkurrenz zu treten. Es wird ein "attraktives Umfeld" für Unternehmen (niedrige Steuern, Abgaben) geschaffen. Das widerspricht aber dem eigentlichen Ziel (mehr Geld in die Kassen). Stattdessen entsteht ein ruinöser Wettbewerb zwischen Städten. Da bleibt für Soziales, öffentliche Versorgung, Bildung für alle usw. wenig übrig.

Das Wirtschaftswachstum, das unsere Regierungen propagieren, führt nicht dazu, dass es uns allen besser geht. Vielmehr steigt die Armut.

<http://attac-nuernberg-fuerth.de/public/> und
<http://www.attac.de/> ;
Email-Adresse: attac-nuernberg@web.de

Attac trifft sich am 2. und 4. Mittwoch jeden Monat (außer in den Sommerferien) im Nachbarschaftshaus Gostenhof,
Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg

V.i.S.d.P.: Peter Olbort, Krelingstr. 44, 90408 Nürnberg, 08.10.2011

Was tun? Attac schlägt vor:

Sozial gerecht ist nur eine Gesellschaft, in der sich alle am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Der Ausgrenzung breiter Bevölkerungsschichten durch die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums treten wir entschieden entgegen.

- Armut muss nicht sein. Wenn wir vernünftig produzieren und das Ergebnis gerecht verteilen, können alle Zugang zum gesellschaftlichen Leben haben. Eine effektive Besteuerung von Finanztransaktionen könnte ein erster Schritt sein. Der Staat sollte sich das benötigte Geld von den Großverdienern und Spekulanten holen – nicht von denen, die eh zu wenig haben.
- Hier ist auch die Stadt Nürnberg gefordert, für bestmögliche Lebensbedingungen für alle zu sorgen. Auf Prestigeobjekte und solche, die überwiegend der Wirtschaft zugutekommen, kann verzichtet werden. Bsp: Kein kreuzungsfreier Ausbau des Frankenschnellwegs, dafür mehr Geld für öffentliche Verkehrsmittel, damit sich jede_r Mobilität leisten kann.
- Der Ausverkauf der kommunalen Infrastruktur durch Privatisierung und Finanzierungsmodelle wie PPP (Private Public Partnership – Öffentlich Private Partnerschaft) muss gestoppt und zurückgenommen werden. Die Finanzierung der Kommunen muss auf eine solide Basis gestellt werden. Z. B. kann die Gewerbesteuer, die nur einen kleinen Teil der Unternehmenswirtschaft erfasst, zu einer "Gemeindegewerbesteuer" ausgebaut werden, die am gesamten Kapitaleinsatz der Kommune ausgerichtet ist.
- Es geht auch darum, der neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegenzusetzen. Weltweit sollten die Menschen vor Ort darüber entscheiden, wie und für was investiert wird. Schon bestehende Modelle der Bürgerbeteiligung können weiter entwickelt werden.

(Vgl. auch "5-Punkte-Paket für lebendige Städte und Gemeinden", [ww.attac.de/kommunen](http://www.attac.de/kommunen))